

# Newsletter

## der Landesgruppe Brandenburg

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

Nr. 5/ 2007 ; 23.03.2007



Dagmar  
Enkelmann



Diana Golze



Kirsten  
Tackmann



Lothar Bisky



Wolfgang  
Neskovic

### Hartz und kein Ende?! Betrachtungen von Dagmar Enkelmann

In einer Großen Anfrage wollte die Linksfraktion im Bundestag in 125 Fragen wissen, was denn nun nach zwei Jahren Hartz IV herausgekommen sei. Erinnern wir uns: Beim Vorstellen der so genannten Reform des Arbeitsmarktes verkündete ihr Namensgeber vollmundig, binnen drei Jahren solle die Arbeitslosenzahl von vier auf zwei Millionen gesenkt werden. Und fügte voller Optimismus hinzu. „Wenn wir wollen, können wir das.“

In Anbetracht der mehr als mageren Ergebnisse bleibt nun die Frage: Kann oder will die Bundesregierung nicht? Tatsache ist: Sinkende statistische Arbeitslosenzahlen werden um den Preis erkaufte, dass der Anteil Beschäftigter in Zeitarbeitsfirmen deutlich zugenommen hat, der Niedriglohnsektor angewachsen ist und über das Instrument Mehraufwandsentschädigung (MAE), so genannter 1-Euro-Jobs, die Bilanz bereinigt wird.

Auf viele Fragen fühlt sich die Bundesregierung nicht in der Lage zu antworten.

Keine Auskunft gibt es bei der Frage nach der Verdrängung regulärer Beschäftigung durch MAE, dem Anteil von Nichtleistungsbeziehern bzw. zur Anzahl der Personen, die auf Grund des Partnereinkommens keinen Anspruch auf eigenständige Leistungen haben.

In ihrer Antwort geht die Bundesregierung sogar so weit, die Betroffenen ihrer unsozialen Reformen zu verhöhnern. So behauptet sie frech: „Die Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende hat nicht zu einer Zunahme, sondern zu einer Abnahme von materieller Entbehrung und gesellschaftlicher Ausgrenzung geführt. Viele Haushalte, die vor Einführung der Grundsicherung unterhalb der Sozialhilfegrenze lebten, haben jetzt höhere Einkommen.“ Tatsache ist, dass die Armut „dank“ Hartz IV bei ehemaligen Arbeitslosenhilfeempfängern deutlich zugenommen hat, im Osten sogar von 45 auf 67 Prozent.

Völlig ausgeblendet wird der Fakt, dass die Grundsicherung auf einer Berechnung aus dem Jahr 1999 basiert. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten seitdem hat bisher nicht zu einer Anpassung geführt. Die Verkürzung der Bezugsdauer beim ALG I führt Menschen heute viel schneller unter die Grenze Existenz sichernder Einkommen. Statt „Fördern und Fordern“, wie gebetsmühlenartig immer wieder postuliert, werden Arbeitslose diszipliniert, diskriminiert und abgestraft.

Hartz IV erweist sich immer mehr als Reform gegen Arbeitslose. Von alledem ist in der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Linksfraktion nichts zu lesen.

Weiter auf Seite 2

Deutscher Bundestag, Fraktion DIE LINKE., Landesgruppe Brandenburg;  
Kontakt: Dr. Kirsten Tackmann, MdB; 11011 Berlin, Platz der Republik 1, Tel.: 030-227 74308;  
Fax: 030 227 76308; [mail: kirsten.tackmann@bundestag.de](mailto:kirsten.tackmann@bundestag.de); [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

# Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

## Fortsetzung von Seite 1

DIE LINKE. fordert deshalb eine grundlegende Reform der sozialen Sicherung und dabei eine Evaluierung der Höhe der Grundsicherung. Die Verlängerung der Bezugsdauer beim ALG I wäre ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit. Statt weiter Leistungen zu kürzen und Druck auf Arbeitslose auszuüben, mahnt DIE LINKE. einen Ausbau der Qualifizierungsmaßnahmen an. Wie bereits der von der Bundesregierung eingesetzte Ombudsrat unter Kurt Biedenkopf forderte, will auch die Linksfraktion den Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors. Das setzt allerdings voraus, dass unter anderem die Mittel für Eingliederungsmaßnahmen von der Bundesregierung in vollem Umfang zur Verfügung gestellt werden. Dass im Bundeshaushalt 2007 eine Milliarde Euro als Deckung für die Zahlung von ALG II zurück gehalten werden und damit für Qualifizierung und Beschäftigung nicht zur Verfügung stehen, ist nicht hinzunehmen.

Viele Träger warten dringend auf die Zuweisung der Mittel. Der Verdacht liegt nahe, dass die Sanierung des Bundeshaushaltes zu Lasten von Arbeitslosen erfolgen soll.

**Bitte dazu auch die Reden von Katja Kipping und Oskar Lafontaine beachten!**

## **wichtige Tagesordnungspunkte und Reden der Sitzungswoche:**

**Aktuelle Stunde DIE LINKE.:** „Raketenstationierung in Osteuropa“ -Rede von Paul Schäfer <http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1379259208>

**Antrag DIE LINKE.:** „Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I verlängern“ Drs. 16/3538  
Zentrale Verschlechterungen der Hartz-Reformen müssen zurückgenommen werden. Es ist notwendig, für Erwerblose wieder eine solidarische Arbeitslosenversicherung einzuführen, die eine Lebensstandardsicherung ermöglicht und der Enteignung (lange Einzahlung, kurze Bezugsdauer) entgegenwirkt. [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7703843872\\_1603538.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7703843872_1603538.pdf)

**Antrag DIE LINKE. Große Anfrage** „Resultate und gesellschaftliche Auswirkungen der Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt – Hartz-Gesetze -, insbesondere von Hartz IV“ Drs. 16/2211

Die Hartz-Gesetze verschärfen den durch den Armuts- und Reichtumsbericht 2005 erneut aufgezeigten Widerspruch zwischen Arm und Reich weiter. Ihre eigentliche Zielstellung haben sie völlig verfehlt.

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7781299653\\_1602211.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7781299653_1602211.pdf)

## **Antwort der Bundesregierung:**

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7742642580\\_1604210.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7742642580_1604210.pdf)

**Antrag DIE LINKE.:** „Freigabe der im Bundeshaushalt einbehaltenen Mittel der Arbeitsmarktpolitik für das Jahr 2007“ DS 16/4749

Den Trägern der Grundsicherung für Arbeitssuchende wurden zu Beginn des Jahres 2007 nur 5,475 Mrd. Euro für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit aus dem Bundeshaushalt zur Bewirtschaftung übertragen. 1 Mrd. Euro wurde durch den Bund einbehalten.

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7736824931\\_1604749.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7736824931_1604749.pdf)

**Antrag DIE LINKE.:** „Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus erstellen“ Drs. 16/4201  
DIE LINKE setzt sich für Antirassismus als Querschnittsaufgabe der Politik ein. Wir fordern die Vorlage eines Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus, der in enger Zusammenarbeit mit Nicht-Regierungs-Organisationen und potenziellen oder realen Opfern von Rassismus erstellt

# Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

werden soll und konkrete Maßnahmen vorschlägt.

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7776297105\\_1604201.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7776297105_1604201.pdf)

**Antrag DIE LINKE.:** „Verhandlungen – für eine neutrale Moderation und eine eigenverantwortliche und einvernehmliche Lösung zwischen Serbien und den Kosovo-Albanern“

Drs. 16/3093 Ziel soll die Schaffung von regionaler Stabilität auf dem Balkan auf der Grundlage eigenverantwortlicher Lösungen anstelle einer interessendeterminierten Großmachtpolitik der externen Akteure sein. [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7751699282\\_1603093.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7751699282_1603093.pdf)

**Antrag DIE LINKE.:** „Neue Steuervergünstigungen und Gewinnverlagerungen in das Ausland verhindern – REITs in Deutschland nicht einführen“ Drs. 16/4046

Der REITs-Gesetzentwurf fördert die massenhafte Privatisierung kommunaler Wohnungen. Die Renditeansprüche des internationalen Finanzkapitals sind schädlich für Mieten und Instandsetzung. Zentrales Motiv für die Einführung von REITs ist die Ausnutzung von Steuerprivilegien.

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7719355686\\_1604046.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7719355686_1604046.pdf)

**Antrag DIE LINKE.:** „Verzicht der Bundesregierung auf Einnahmen aus Sponsoring“ Drs. 16/4488

Die Bundesregierung darf nicht das Ansehen des Staates aufs Spiel setzen. Sie muss ganz auf das Sponsoring in der Bundesverwaltung verzichten, um jeden Anschein zu vermeiden, dass Sponsoren Regierungshandeln beeinflussen und damit über die Politik entscheiden.

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7768244130\\_1604488.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7768244130_1604488.pdf)

## Wichtige Reden der Sitzungswoche

### **Katja Kipping**

Verheerende soziale Bilanz von Hartz IV

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1314904822>

### **Oskar Lafontaine**

Hartz IV: SPD und CDU/CSU regieren über die Köpfe der Menschen hinweg

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1337836007>

### **Gregor Gysi**

EU: Entscheidend ist, was die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger will

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1330951014>

### **Diana Golze**

„Kinderschutz geht vor!“

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1316748353>

### **Diana Golze**

„Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen sichern und ihre Rechte stärken“

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1344626996>

### **Gesine Löttsch**

Sponsoren dürfen nicht weiter Regierungshandeln beeinflussen

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1363414588>

### **Gesine Löttsch**

"Der Leistungssport in der Bundesrepublik ist eine sehr elitäre Veranstaltung"

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1303690382>

### **Wolfgang Neskovic**

Langwierige Eilbedürftigkeit

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1395820716>

# Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

## aktuelle Presseerklärungen der Mitglieder der Landesgruppe:

Bitte auf den Seiten der Bundestagsabgeordneten informieren!

<http://www.linksfraktion.de/>

## Hier ein kleiner Auszug aus den Pressemitteilungsspektrum:

Pressemitteilung von Petra Pau und Wolfgang Neskovic:

**Die Botschaft: Kleine hängt man, Große lässt man laufen**

Der Ex-Fraktions-Chef der Berliner CDU und Ex-Vorstandschef der Berliner Hyp, Klaus Landowsky, wurde vom Landgericht Berlin zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und vier Monaten verurteilt. Dazu äußern sich Petra Pau, stellvertretende Vorsitzende und Berlin-Beauftragte der Fraktion DIE LINKE., und Wolfgang Neskovic, rechtspolitischer Sprecher der Fraktion:

"Das Urteil ist von derselben Güte wie das im Ackermann-Prozess", so Pau. "Seine wohlverstandene Botschaft lautet: Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen. Die Anklage bezog sich auf den Berliner Bankenskandal, der 2001 ruchbar wurde und obendrein mit einer unerlaubten Parteispende verquickt war. Allein der finanzielle Schaden aus dem Bankenskandal bemisst sich in Milliarden. Bei alledem war Klaus Landowsky eine Schlüsselfigur."

weiter unter: <http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1299719712>

Pressemitteilung von Kirsten Tackmann:

**Schafe statt Rasenmäher!**

Zur heutigen bundesweiten Demonstration von 1.000 Schäferinnen und Schäfern in Berlin erklärt die agrarpolitische Sprecherin und Vorstandsmitglied der Bundestagsfraktion DIE LINKE., Dr. Kirsten Tackmann:

„Die Arbeit der über 100.000 Schafhalterinnen und Schafhalter in Deutschland ist sehr wichtig und wird viel zu oft auch in der Politik übersehen. Ihre Arbeit und ihre Tiere tragen entscheidend zur regionalen Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse – sei es Fleisch, Käse oder Wolle – als auch zur Offenhaltung der Kulturlandschaft bei. Sie erhalten ökologisch besonders wertvolle Landschaften und sind somit ein wichtiger Dienstleister im ländlichen Raum.“

weiter unter: <http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1226253560>

